

Tiefe Zahlen, hohe Werte

Inwiefern beeinflusst eine soziale Norm wie die Arbeitsmoral den Arbeitsmarkt? Und inwieweit ist sie für die vergleichsweise tiefe Arbeitslosigkeit in der Schweiz verantwortlich? Diesen Fragen ist eine Untersuchung des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung nachgegangen.

VON RAFAEL LALIVE D'EPINAY
UND ALOIS STUTZER

Die hohe Arbeitslosigkeit Mitte der 1990er-Jahre in der Schweiz ist vorbei. Mit der konjunkturellen Erholung ging die Zahl der Arbeitslosen schnell zurück. Viele Beobachter sind sogar geneigt, von einem «Beschäftigungswunderland Schweiz» zu sprechen. Gemessen an der äusserst niedrigen Arbeitslosenquote ist die Schweiz im internationalen Vergleich eine Musterschülerin. Die moderate Arbeitsmarktregulierung und die in vielen Branchen dezentralen Lohnverhandlungen erleichtern den Firmen die Einstellung neuer Mitarbeiter, ohne die Gefahr, den Mitarbeitern nicht mehr kündigen zu können. Lässt sich die «Erfolgsgeschichte» jedoch vollständig durch die Arbeitsnachfrageseite erklären?

Im Folgenden soll einem wenig beachteten Faktor für die Standortattraktivität des schweizerischen Arbeitsmarktes nachgegangen werden: der hohen Arbeitsmoral. Mehr als 46 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung schätzen Arbeit laut einer Umfrage der Universität Bern als wichtigste Tätigkeit des Menschen ein. Die grosse Bedeutung, die der Arbeit individuell zugemessen wird, beeinflusst etwa das Verhalten des Einzelnen am Arbeitsplatz. Wir möchten jedoch die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitsmoral hervorheben. Arbeitsmoral wird als eine soziale Norm verstanden, einer bezahlten Arbeit nachzugehen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Das heisst als eine Regularität im Verhalten, die auf einer gesellschaftlich geteilten Vorstellung beruht. Das geforderte Verhalten wird über informelle soziale Sanktionen durchgesetzt.

Beeinflusst eine solche soziale Arbeitsnorm die Bereitschaft stellensuchender Personen, ei-

ne bezahlte Arbeitsstelle anzunehmen und somit auch die Arbeitslosigkeit in der Schweiz? Ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsmoral und Arbeitslosigkeit kann aus mindestens drei Gründen erwartet werden. Zunächst ist Arbeitslosigkeit mit dem Verlust der für viele Personen in der Schweiz wichtigsten Tätigkeit verbunden. Zweitens legt die Tatsache, dass nahezu 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer auch dann einer bezahlten Arbeit nachgehen würden, wenn sie das Geld nicht benötigten, nahe, dass Arbeit eine bedeutende nicht-monetäre Dimension besitzt.

Schliesslich beeinflusst die soziale Arbeitsnorm direkt die soziale Akzeptanz des Bezugs von Leistungen der Arbeitslosenversicherung. In Gemeinschaften mit einer schwachen Arbeitsnorm wird der Taggeldbezug wohl eher als Anrecht verstanden, während in Gruppen mit einer starken Arbeitsnorm dasselbe Verhalten einen starken sozialen Druck zur intensiven Stellensuche und sogar soziale Ächtung auslösen kann.

Es ist eine wissenschaftliche Herausforderung, den Einfluss der sozialen Arbeitsnorm von der Vielzahl anderer Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit zu isolieren. Zuerst muss gezeigt werden, dass Unterschiede in der Stärke der Arbeitsnorm zu unterschiedlichem Verhalten von ansonst vergleichbaren Stellensuchenden in ebensolchen Umständen führen. Erst dann kann überzeugend die Meinung vertreten werden, die soziale Arbeitsnorm beeinflusse die Arbeitslosigkeit. Es ist deshalb unabdingbar die Stärke der sozialen Arbeitsnorm innerhalb von Gemeinschaften zu messen.

Abstimmungsresultate untersucht

In unserer Studie wenden wir ein bisher nicht berücksichtigtes Mass für die Stärke der sozialen Arbeitsnorm an: die Gemeinderesultate der Volksabstimmung über die Kürzung der Arbeitslosentaggelder vom September 1997 in der Schweiz. Wir argumentieren, dass ein Teil der Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen den Gemeinden ein guter Indikator für die unterschiedliche Stärke der sozialen Arbeitsnorm ist.

Nachdem Anfang der 1990er-Jahre die Arbeitslosigkeit in der Schweiz stark angestiegen war und die Regierung die Anspruchsdauer verdoppelt hatte, verbuchte die Arbeitslosenkasse grosse Defizite. Um diese zu reduzieren, kürzte

Dr. Rafael Lalive d'Epinay und Dr. des. Alois Stutzer sind Oberassistenten am Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.

die Regierung mit einem dringlichen Bundesbeschluss per 1. Januar 1997 die Taggeldsätze um 3 für Bezüger hoher Einkommen respektive um 1 Prozent für Bezüger tiefer Einkommen. Darauf ergriffen ein Arbeitslosenverein und die Gewerkschaften erfolgreich das Referendum gegen den Bundesbeschluss, und es wurde eine Abstimmung über die Kürzung der Taggeldsätze nötig.

Die Abstimmung fand am 28. September 1997 statt. Bis Anfang Juni wurden in der öffentlichen Diskussion vor allem Finanzfragen thematisiert. Ein radikaler Umschwung in der Diskussion trat am 10. Juni 1997 ein, als der damalige stellvertretende Biga-Direktor an einer Podiumsdiskussion erklärte, von den fast 200 000 Arbeitslosen in der Schweiz seien ein Drittel Alkoholiker oder Drogensüchtige und ein Drittel Drückeberger. Diese Aussage löste eine hitzige öffentliche Debatte über die wahren Gründe der Arbeitslosigkeit in der Schweiz aus. Finanzfragen traten in den Hintergrund zugunsten normativer Überlegungen über die Bedeutung der Arbeit und des Bezugs von Arbeitslosenunterstützung.

Die Debatte wurde in den Schweizer Tageszeitungen weitergeführt. Am 3. Juli 1997 schrieb die auflagenstärkste Tageszeitung der Schweiz, der «Blick», über «Falsche Arbeitslose: Ihre 10 fiesen Tricks». Am 9. Juli 1997 druckte der Zürcher «Tages-Anzeiger» ein Interview mit dem Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, welcher betonte, dass die Gesellschaft zum grossen Teil aus «Geniessern» bestehe. Die Arbeit werde als lästiges Übel betrachtet, welches am besten ganz aus dem Leben verbannt werden solle. Am 4. August 1997 erschien in der «Berner Tagwacht» ein Interview, worin betont wurde, dass es nicht nur ein Recht auf Arbeit, sondern auch eine Pflicht zur Arbeit gebe.

In der Abstimmung unterstützte eine kleine Mehrheit von 50,8 Prozent das Referendum, und die Kürzungen mussten rückgängig gemacht werden. 49,2 Prozent der Urnengänger stimmten für die Senkung der Taggelder. Die drei wichtigsten Gründe für eine Reduktion der Taggeldsätze, welche in der auf die Abstimmung folgenden Wählerumfrage (VOX-Analyse) genannt wurden, waren: 1. Die Staatskassen sind leer und irgendwoher muss das Geld kommen (29 Prozent); 2. Die Arbeitslosen kosten zu viel, sind Profiteure und müssen dazu gebracht werden, wieder Arbeit zu finden (25 Prozent); 3. Der Beschluss ist nötig, die Taggeldkürzungen sind eine gute Sache (21 Prozent).

Die Punkte 2 und 3 weisen daraufhin, dass bei der Abstimmung normative Überlegungen über das richtige Verhalten ausgedrückt wurden. Die Unterschiede im Abstimmungsverhalten der Gemeinden können deshalb unter anderem die unterschiedlichen Einstellungen der Stimmbürger in der Umgebung jedes Arbeitslosen erfassen.

Wohl überlegte Entscheidungen

Wir ziehen die Abstimmung über die Arbeitslosentaggelder als Mass für die soziale Arbeitsnorm Umfragen vor. Denn sie ermöglicht einerseits, alle Gemeinden in den Blick zu nehmen. Andererseits treffen die Bürger bei einer Abstimmung – eher als bei einer Umfrage – eine wohl überlegte Entscheidung, da diese gesellschaftliche Konsequenzen hat. Durch Umfragen ermittelte Werte können jedoch für einen einfachen Konsistenztest verwendet werden.

Im Mikrozensus Familie – einer Befragung von rund 6000 Schweizerinnen und Schweizern – wurde 1995 unter anderem nach der Zustimmung zu folgender Aussage gefragt: «Wer nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt selber zu verdienen, ist unnützlich.» Die durchschnittliche Zustimmung pro Kanton weist einen statistisch signifikanten, positiven Zusammenhang mit den Abstimmungsergebnissen auf: Je höher die Zustimmung, desto mehr Bürger stimmten auch für eine Senkung der Taggelder (siehe Grafik, Seite rechts).

Wir sind uns bewusst, dass das beobachtete Abstimmungsverhalten zum Teil auch instrumentellen Überlegungen folgt. Arbeitslose und Leute, die befürchten, ihre Stelle zu verlieren, haben beispielsweise mit grösserer Wahrscheinlichkeit die Kürzung der Arbeitslosenentschädigung abgelehnt. Die öffentliche Diskussion vor der Abstimmung und die normativen Begründungen in der Nachbefragung zeigen, dass beim Abstimmungsverhalten normative Vorstellungen ebenfalls stark zum Ausdruck kommen. Die Volksabstimmung über die Kürzung der Arbeitslosentaggelder bietet sich deshalb als Indikator für die Stärke der sozialen Arbeitsnorm in den Gemeinden der Schweiz an.

Unsere empirische Analyse der Dauer der Arbeitslosigkeit stützt sich auf alle Personen, die im halben Jahr nach der Volksabstimmung arbeitslos wurden. Mit statistischen Verfahren haben wir untersucht, ob Arbeitslose, die in Gemeinden mit einer vergleichsweise stärkeren sozialen Arbeitsnorm leben, schneller wieder eine feste Stelle haben. Zur Erklärung der Ar-

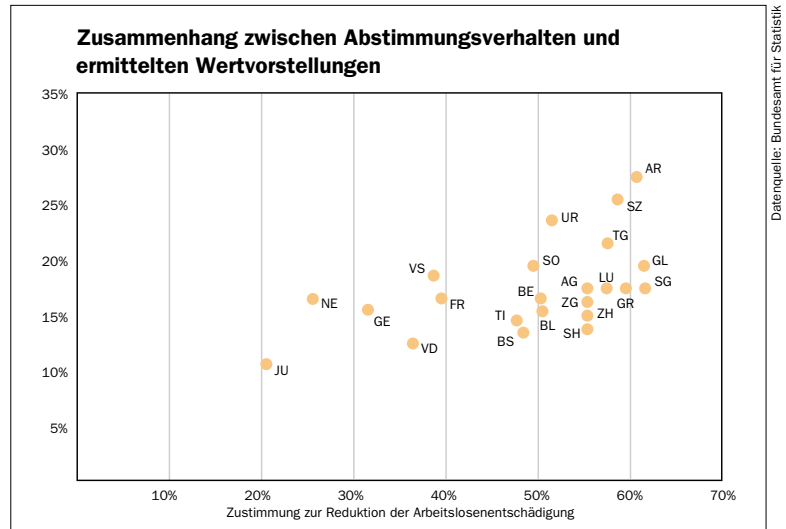
beitslosendauer werden dabei nur diejenigen Unterschiede der sozialen Arbeitsnorm berücksichtigt, die unabhängig von den regionalen Arbeitsmarktbedingungen bestehen. Die Resultate zeigen, dass Stellensuchende in Gemeinden mit hoher Zustimmung zur Kürzung der Arbeitslosentaggelder tatsächlich schneller eine neue Stelle finden.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsnorm und Arbeitslosigkeit ist quantitativ bedeutend. Unsere Simulationen legen nahe, dass Stellensuchende in Gemeinden mit einer starken sozialen Arbeitsnorm rund zehn Tage früher eine Arbeitsstelle annehmen. Weiter zeigt sich, dass die soziale Arbeitsnorm stärker wirkt, wenn die Muttersprache der Stellensuchenden auch die Umgangssprache in der Gemeinde ist. Der Zusammenhang zwischen der sozialen Arbeitsnorm und der Dauer der Stellensuche ist zudem besonders stark in kleineren Städten und Dörfern. Diese Ergebnisse legen nahe, dass das soziale Umfeld der Gemeinde eine bedeutende Rolle für die Dauer der Arbeitslosigkeit spielt.

Weniger glücklich

Eine starke Arbeitsnorm zeigt sich nicht nur im Verhalten der Arbeitslosen, sondern auch in ihrem Wohlbefinden. Arbeitslose verlieren mit ihrer Stelle einen Teil ihrer Identität und Selbstachtung. Wie sich dies auf das subjektive Wohlbefinden oder das Glücksempfinden auswirkt, lässt sich mit Umfragedaten zur individuellen Lebenszufriedenheit untersuchen. In solchen Umfragen werden die Leute gefragt, wie zufrieden sie gegenwärtig – alles in allem – mit ihrem Leben seien. Als Antwortmöglichkeit steht ihnen zum Beispiel eine Skala von 1 «ganz und gar unzufrieden» bis 10 «ganz und gar zufrieden» zur Verfügung.

Untersuchungen für eine Vielzahl von Ländern zeigen, dass Arbeitslose weit weniger glücklich sind als Beschäftigte, selbst wenn berücksichtigt wird, dass sie ein tieferes Einkommen haben. Dies gilt besonders stark für die Schweiz. Während Beschäftigte bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit durchschnittlich einen Wert von 8,2 angeben, wählen Arbeitslose durchschnittlich einen Wert von 6,6. Dabei zeigt sich, dass die Zufriedenheitswerte der Arbeitslosen in jenen Gemeinden tiefer sind, in denen viele Bürger für eine Senkung der Taggelder gestimmt haben. Dies deckt sich mit der Vorstellung, dass in Gemeinden mit einer starken sozialen Arbeitsnorm Stellensuchende dem sozialem Druck und Sanktionen stärker ausgesetzt sind.



In einer Befragung des Bundesamtes für Statistik wurde 1995 die Zustimmung zur Aussage «Wer nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt selber zu verdienen, ist unnützlich» ermittelt. Die durchschnittliche Zustimmung pro Kanton weist einen klaren Zusammenhang mit den Resultaten der Abstimmung über die Reduktion der Arbeitslosenentschädigung von 1997 auf: Kantone mit einer hohen Zustimmung bejahten ebenso deutlich eine Taggeldreduktion.

Die Ergebnisse der statistischen Untersuchungen zur Arbeitslosendauer und zur Lebenszufriedenheit der Arbeitslosen sowie die vor der Abstimmung beobachtete öffentliche Diskussion und die der Abstimmung folgende Nachbefragung zeigen, dass der schweizerische Arbeitsmarkt durch starke soziale Arbeitswerte beeinflusst wird und dass diese zu einer vergleichsweise tiefen Arbeitslosigkeit beitragen. Es fällt damit Licht auf einen offenbar wichtigen, jedoch oft vernachlässigten Faktor der schweizerischen Volkswirtschaft. Zukünftige Untersuchungen könnten wertvolle Einsichten zu den Bestimmungsgründen der sozialen Arbeitsnorm liefern. Dabei ist insbesondere nach dem Einfluss von Arbeitsmarktregulierungen auf die gesellschaftlichen Arbeitswerte zu fragen. Hinweise darauf können helfen, die Auswirkungen von politischen Massnahmen besser einzuschätzen.

LITERATUR

- Frey, B.S./Stutzer, A.: Happiness and Economics. How the Economy and Institutions affect Human Well-Being, Princeton 2002
- Stutzer, A. / Lalive, R.: Soziale Arbeitsnorm und Arbeitslosigkeit in der Schweiz, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 138(3), S. 293–316, 2002